



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/71

24. März 1950

## Ruhrkonferenz internationaler Sozialisten

Wie bereits angekündigt, findet vom 26.-31. März 1950 in Witten/Ruhr eine Konferenz der Wirtschafts-Experten sozialistischer Parteien aus verschiedenen Ländern im Rahmen der "International Socialist Conference" statt. Im Mittelpunkt der Erörterungen wird das Ruhrproblem stehen. Der SPD-Parteivorstand gab aus diesem Anlaß zwei Denkschriften heraus: "Das Problem der Ruhr - Die Ruhr als Wirtschaftseinheit" und "Sicherheit und Ruhrkontrolle". Aus der erstgenannten Broschüre bringen wir nachstehend einen Auszug:

sp. Das Gebiet der Ruhrkontrolle umfaßt auf 3,1% der Fläche des Bundesgebietes 13,7% der Bevölkerung und die fast vollständige Erzeugung der wichtigsten Schlüsselrohstoffe neben 45% der Gesamtproduktion des Bundesgebietes. Hieraus resultiert die ungeheure Bedeutung dieses Gebietes für die deutsche Wirtschaft und rechtfertigt eine eingehende wirtschaftliche und soziologische Würdigung der Situation des Ruhrgebietes und des Einflusses des Ruhrstatuts, das "am wirtschaftlichen Hebel Westdeutschlands ansetzt". Die Kontrolle der im Statut vorgesehenen drei Schlüsselerzeugnisse, Kohle, Koks, Stahl, bedeutet praktisch die Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft.

Die SPD kann sich also nur mit einer Regelung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit einverstanden erklären und fordert die Verwirklichung der Internationalisierung aller schwerindustriellen Zentren Europas. Die so zusammengefassten Grundstoffindustrien Europas müs-

sen in das von demokratischen Instanzen kontrollierte <sup>G</sup>emeineigentum der beteiligten Völker überführt werden, damit die bisherigen privaten Eigentümer nicht gemeinsam Europa beherrschen können." Falls die Möglichkeit einer internationalen Sozialisierung nicht gegeben ist, dann muss die Idee der Sozialisierung gegenüber dem Wunsche nach Internationalisierung in Westdeutschland den Vorzug haben.

Da die Ruhrbehörde die Macht hat, auf die Preise, Löhne, Verkehrstarife, Zölle und Verteilung des Produktes einzuwirken, fällt praktisch

die Wirtschaftspolitik und darüber hinaus die Sozialpolitik nicht in die Zuständigkeit Westdeutschlands, sondern jener Staaten, die in der

Ruhrbehörde die Majorität bilden, wird weiter festgestellt. Die Aufgaben der Ruhrbehörde sind für Deutschland diskriminierend. Sie berech-

tigen zu Eingriffen in Deutschlands Souveränitätsrechte und sind einseitig gegen den westdeutschen Staat gerichtet. Deutschland muss als

gleichberechtigter Partner gegen die Gefahr geschützt werden, dass es seine tatsächlichen und potentiellen Konkurrenten als Konjunkturpuffer

benutzen. Deshalb muss die mögliche Majorisierung Deutschlands durch die Mehrheit der stimmberechtigten Mächte ausgeschlossen sein. Für

strittige Fälle bedarf es eines internationalen Schiedsgerichts.

Nach dem Ruhrstatut steht die Ruhrbehörde den arbeitenden Menschen im Ruhrgebiet als eine kompakte und starke Unternehmerposition

gegenüber, während der arbeitende Mensch und seine sozialen Verhältnisse in ihm nur mangelhaft berücksichtigt sind. So fordert die SED

vor allem, daß: "das Recht der Arbeitnehmer auf entscheidende Mitbestimmung gesichert werden muss."

Das Argument der Sicherheit der Alliierten vor dem besiegten Deutschland rechtfertigt nicht die fünffache Kontrolle der deutschen

Wirtschaft durch das Londoner Industrieprogramm, Gesetz 75, Ruhrstatut und Ruhrbehörde, Besatzungstatut und Hohe Kommission und schließ-

lich durch das Militärische Sicherheitsamt. Sie alle befassen sich mit der gleichen Materie und sollten zweckmäßiger in einer Sicher-

heits-Institution zusammengefasst werden. Die Verantwortung der

letzten Kontrolle muss jedoch die eines demokratisch gewählten Parlamentes sein. Sollte die Kontrolle auf Deutschland beschränkt

bleiben, dann können die wichtigsten Bestandteile der deutschen Volkswirtschaft nicht ausserhalb der Verantwortung der demokratisch gewählten parlamentarischen Vertreter Deutschlands bleiben.

-o-o-o-o-

### Was wird aus Europa ?

A.F. Paris Mit etwas Verspätung, die keine sachlichen Gründe haben soll, wird der Ministerausschuss des Europarates am 30. März zu seiner nächsten, regelmässigen Sitzung zusammentreten. Ob bei dieser Gelegenheit ein endgültiger Beschluss über die Zulassung Deutschlands und der Saar gefasst werden wird, ist noch ungewiss, weil bis jetzt ein offizieller deutscher Antrag noch nicht vorliegt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung ist die Erweiterung der Rechte und Machtbefugnisse der Konsultativversammlung von Straßburg. Die Initiative hierfür geht vom französischen Aussenminister aus, der einen ausdrücklichen Beschluss seines Parlaments zu berücksichtigen hat.

Der Umfang der Zugeständnisse der Regierungen an die Konsultativversammlung ist noch nicht bekannt, man darf jedoch mit einigen, wenn auch vielleicht noch bescheidenen Fortschritten rechnen, denn Bevin soll Schuman unlängst in London entsprechende Versprechen gemacht haben. Entgegen dem Wunsch der Konsultativversammlung wird ihre nächste Tagung wohl erst im Juli oder August dieses Jahres stattfinden; die Minister haben demnach in dieser Frage ihre hemmenden Ansichten durchgesetzt.

Auf der wirtschaftlichen Ebene besteht die Hoffnung, dass die Arbeiten der Europäischen Wirtschaftsorganisation in Paris (OEEC) die europäische Zusammenarbeit durch Verwirklichung einer Zahlungsunion etwas weiterbringen. Die treibende Kraft der europäischen Einigung sind nach wie vor nicht die Regierungen, sondern die ver-

schiedenen, inoffiziellen Gruppen und Bewegungen. Auf ihrer letzten Tagung in London hat die Europabewegung, deren Präsidium sich bekanntlich aus Léon Blum, Spaak, de Gasperi und Churchill zusammensetzt, angeregt, den von den Europäischen Föderalisten ausgearbeiteten "Europäischen Bundespakt", d.h. das zukünftige Organisationsstatut eines geeinten Europas, dessen wichtigster Punkt die Schaffung einer europäischen politischen Autorität ist, als Grundlage für eine grossangelegte Werbekampagne in allen beteiligten Ländern zu benützen. Ihr Erfolg wird allerdings in einem nicht zu unterschätzenden Umfang von der zukünftigen Haltung der britischen Arbeiterpartei abhängen. Inoffiziell hat diese Partei vor den Wahlen wiederholt versprochen, nunmehr entschlossen an der Europabewegung mitzuarbeiten. Man weiss jedoch nicht, ob die durch das Wahlergebnis in England geschaffene unsichere Lage die Arbeiterpartei nicht an der Einhaltung ihres Versprechens hindern wird.

Ein britisches Zögern würde besonders in Frankreich sehr bedauert, da man der Ansicht ist, dass die aktive Beteiligung der englischen Sozialisten die Europabewegung gegenüber dem auf dem Kontinent drohenden Übergewicht der liberalen und konservativen Kräfte am besten schützen würde. Die in Frankreich gegründete Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa gilt zwar als internationale Bewegung, besteht jedoch ausserhalb Frankreichs, vielleicht mit Ausnahme Belgiens, nur aus wenigen Persönlichkeiten. Der Grund hierfür ist die britische und skandinavische Zurückhaltung, die nach französischer Ansicht auch die Haltung der deutschen Sozialisten beeinflusst. In Italien weigerten sich bisher die Linkskreise, die Union der europäischen Föderalisten, die sie mehrheitlich beherrschen, zu verlassen. Abschliessend ist festzustellen, verweigert London seine aktive Beteiligung, dann hat Europa nur die Wahl zwischen einer begrenzten kontinentalen Gemeinschaft und den Anschluss an die unter amerikanischer Führung umgestaltete angelsächsische Welt. Die französische Europabewegung wird übrigens seit Beginn dieses Jahres von der französischen Regierung subventioniert.

### Neuer Justizmord droht

.....

sp. Durch eine öffentliche Erklärung des Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz, Eugen Hertel, und die Veröffentlichung eines Privatbriefes des 27 Jahre alten Schlossers August Zinsmeister in der in Mainz erscheinenden Zeitung "Die Freiheit" wird ein neuer ungeheurer Rechtsirrtum unserer Zeit und die Gefahr eines Justizmordes aufgezeigt. Es ist notwendig, dass dieser Tatbestand einer möglichst breiten Öffentlichkeit mitgeteilt wird.

Dies ist der Sachverhalt, wie er sich, auf das knappste zusammengedrängt, in einem Schreiben des August Zinsmeister aus dem Gefängnis in Loos darstellt:

" Am 6. August 1949 wurde ich mit noch sieben Kameraden meiner Truppe durch das Metzger Militärgericht in Lille als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt. Es handelt sich um eine Affäre vom April 1944. Wir sollten, drei Kompagnien, über 400 Mann der Panzer-Division HJ, zur Normandie. Da wurde unser Transportzug bei Lille um Mitternacht durch französische Widerständler in die Luft gesprengt, und anschließend entwickelte sich ein Feuergefecht, bei dem, nach Angabe der Anklage, 86 Zivilpersonen getötet wurden.

Zinsmeister weist auf die Worte des Staatsanwaltes hin, der selbst erklärt habe: "normalerweise hätten wir die meisten der Angeklagten ungestraft laufen lassen müssen, doch nun haben wir glücklicherweise ein Gesetz, nach dem wir sie fassen können ohne persönliche Schuldbeweise." Trotz des Fehlens jeder individuellen Belastung forderte der Staatsanwalt daraufhin das Todesurteil, das vom Gericht mit 4 gegen 2 Stimmen ausgesprochen wurde. Die Verurteilten haben Berufung eingelegt und warten seit nun bald sieben Monaten auf den endgültigen Entscheid aus Paris.

Dieses Urteil scheint jedem natürlichen Rechtsempfinden Hohn zu sprechen. Alle deutschen Stellen, die die Möglichkeit dazu haben, sollten sich mit grösster Schnelligkeit und grösstem Nachdruck für die Aufhebung dieses Urteils verwenden.

AEG-Turbine nicht mehr KP-Bastion

Berlin, -

Die letzte kommunistische Bastion unter den Großbetrieben der Westberliner Metallindustrie, die AEG-Turbinenfabrik, Huttenstrasse, ist bei der jetzigen Betriebsratswahl gefallen. Obwohl der kommunistische FDGB mit allen Mitteln versuchte, Stimmen zu erhalten und zwei Autos zur Verfügung stellte, die jeden kranken oder beurlaubten AEG-Arbeiter an die Wahlurne holten, erlitten die Kommunisten eine vernichtende Niederlage. Von den 1556 Beschäftigten stimmten 1473 (94,6%) ab. Alle 15 Kandidaten der UGO wurden gewählt, während nicht ein einziger FDGB-Kandidat die zur Wahl nötige Stimmzahl erreichen konnte. Der Spitzenkandidat der UGO erhielt 910 Stimmen und der 15. UGO-Kandidat noch immer 840 Stimmen. Der Spitzenkandidat des FDGB konnte dagegen nur 589 Stimmen für sich verbuchen. Damit ist in der AEG-Turbine zum erstenmal seit 1945 ein Betriebsrat gewählt worden, dem keine Kommunisten angehören. Noch im letzten Betriebsrat saßen zehn Vertreter des FDGB und nur fünf der UGO.

-o-o-o-o-

Zum Tode von E.R. Müller-Magdeburg

-o-o-o-o-o-

Th. Vor Vollendung seines 71. Lebensjahres ist in Magdeburg E.R. Müller gestorben, der allen Freunden der deutschen Arbeiterjugend bekannt war und bis 1933 durch zahlreiche Aufsätze, Bücher und seine Laienspiele, die überall in Deutschland aufgeführt wurden, sehr populär gewesen ist. Es ist bezeichnend für unser deutsches Schicksal, das wir über den Tod eines Mannes, der weit über die Arbeiterjugend hinaus in ganz Deutschland einen Namen hatte, nur durch Zufall erfahren, obwohl er mitten in Deutschland, in Magdeburg, sein Leben beschloss. Dort war er von 1906 bis 1933 als Redakteur der Magdeburger "Volksstimme" tätig.

Als Friedrich Boert sich unmittelbar nach seinem Eintritt in den Parteivorstand der Jugendfrage annahm, war E.R. Müller ein junger Stein drucker in Halberstadt und kam sehr schnell durch seine aussergewöhnliche pädagogische Begabung in den Vordergrund. Der Spitzname Sonnen-Müller ist bezeichnend für die Richtung der Arbeiter-Jugendbewegung, die nach dem Weimar-Treffen 1920 und nach der Einführung des Acht-Stunden-Tages sich als selbständige kulturpolitische Kraft die Welt und ihre Schönheit eroberte.

Viele der Männer und Frauen, die heute in der demokratischen Front für den Wiederaufbau Deutschlands stehen, verdanken es dem Sonnen-Müller, dass sie ihren Glauben an ein neues Deutschland durch Emigration, Gefängnis und Konzentrationslager unerschütterlich aufrecht zu erhalten vermochten. Die sozialistische Jugend von heute sollte sich des Werkes dieses Mannes annehmen, das jetzt noch genau so lebendig und aktuell ist, wie es nach 1920 war.

-o-o-o-o-

Verantwortlich: Peter Raunau